DM 1,-

DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Juli/August 07-08/1999

Zur Bürgerschafts- und Beiratswahl am 6. Juni

Mit Spannung erwartet, brachten die Wahlen am Sonntag, den 6. Juni - trotz oder wegen der meinungsmachenden Vorhersagen von Befragungsinstituten - für viele, so auch für uns, eine Reihe von überraschenden Ergebnissen:
Wahlbeteiligung 60%! Rund 195.000 Nichtwähler! Das ist sicherlich kein Zeichen lebendiger Demokratie, sondern von Desinteresse und Enttäuschung darüber, mit der Stimmabgabe, egal für welche Partei, nichts bewirken zu können.

Wahlsieg für SPD und CDU! Fast 80% derjenigen, die zur Wahl gingen - rund 232.000 BremerInnen - stimmten für eine der beiden Parteien der bisherigen Regierungskoalition. Das spricht dafür, daß hier weitgehendst unter landespolitischen Gesichtspunkten gewählt wurde und daß die große Koalition als vorteilhaft für das Land und die Bewältigung seiner Probleme gesehen wird. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien hat offensichtlich nur für eine kleine Minderheit eine wahlentscheidende Rolle gespielt. Er wurde, wo schon nicht als "notwendiges Übel" akzeptiert, so doch aus der landespolitischen Entscheidung ausgeklammert.

Den Grünen brachte diese Wahl eine herbe Enttäuschung. Mit 9% (= 26.000 Stimmen) erlitten sie gegenüber 1995 (13,1%) eine schwere Niederlage. Offensichtlich hatten sie Ablehnung und Verurteilung der Zustimmung der Rot-Grünen Bundesregierung zum NATO-Krieg auszubaden. Ihnen nimmt der kritische Wähler wohl auch die opportunistische Aufgabe von, bis zum Eintritt in die Bundesregierung vertretenen, Grundsatzpositionen besonders übel.

Wir bedauern diese Entwicklung, da sie eine enorme Schwächung der parlamentarischen Opposition in der Bürgerschaft und auch für die Vertretung von Forderungen der Bevölkerung in den Beiräten bedeutet.

Die Landesorganisation der VVN-BdA Bremen hat sich im Wahlkampf mit ihren Aktivitäten vor allem gegen rechtsextremistische, neonazistische Aktionen und den Einzug von DVU und NPD in die Parlamente gewandt und sich für die sofortige Beendigung des Bombenkrieges der NATO und die Einleitung von Verhandlungen für eine politische Lösung der Probleme im Kosovo eingesetzt, damit die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren könnnen.



Aus: Frankfurter Rundschau

Wir werten es als Erfolg der vielfältigen Aktivitäten aller antifaschistisch - demokratischen Kräfte unseres Landes, daß die DVU, trotz massivster Wahlpropaganda, "nur" 3% und die NPD lediglich 0,28% erreichte. Das wird auch nicht dadurch geschmälert, daß die DVU in Bremerhaven 6% erhielt und so zu einem Sitz in der Bügerschaft kam.
Der PDS galt in diesem Wahlkampf das Interesse und die Sympathie vieler unserer Kameraden wegen ihrer eindeutigen Verurteilung des Krieges der NATO auf dem Balkan.

2,9% (= 8.417 Stimmen) und 8 Beiratsmandate gegenüber 2,37% (= 8.174 Stimmen) und 5 Beiratsmandate 1995, das ist eine, wenn auch geringe Verbesserung, die Mut machen sollte. Sie wurde immerhin gegen weitverbreitete und von den Medien kräftig geschürte Vorurteile erzielt. In einer ersten Beratung der Wahlergebnisse zogen wir folgende Schlüsse:

- Unser Eintreten gegen rechtsextremistische, neonazistische Parolen und Aktivitäten von DVU und NPD, aber auch gegen die ausländerfeindliche Unterschriftenaktion der CDU zur Staatsbürgerschaftsrechtsreform waren notwendig und erfolgreich. Diese antifaschistischen Aktivitäten müssen verstärkt fortgeführt werden.

- Außerparlamentarischer Druck wird angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft noch wichtiger für die Durchsetzung demokratischer und sozialer Forderungen. Wie werden uns darum für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit aller, die in konkreten Fragen zur Politik der Großen Koalition in Widerspruch stehen, einsetzen.

- Soweit es in unseren Kräften steht, wollen wir bei der Entwicklung antifaschistischer Initiativen in einzelnen Stadtgebieten enger und kontinuierlicher mit den Beiräten und uns nahestehenden Beiratsmitgliedern zusammenarbeiten.

Der Landesvorstand

Sommerausfahrt der Bremer VVN-BdA

am Samstag, 17. Juli 99 zum Mahnmal für die Frauen von Stuhr/Obernheide, anschließend Rast in der Wassermühle in Syke/Barrien.
Abfahrt 14 Uhr ab Büro in der Bürgermeister-Deichmann-Straße 28
InteressenInnen melden sich bitte im Büro Tel.: 382914 oder bei Raimund Tel.: 616 3215

Was für eine Zeit

(Auszug aus dem Pfingstbrief von Armin Stolle mit Thesen wider den Krieg)

Es ist Krieg. Deutschland ist wieder beteiligt. Die Gründe für diese Beteiligung sind mehr als ausreichend genannt worden. Mit anhaltender Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO werden die kritischen Stimmen mehr und lauter.
Noch aber wird kaum darüber ausreichend gestritten, welche Folgen diese Zerstörungsaktionen haben, wie ein ganzes Volk in seiner Aufbauentwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen, daß psychologisch eine ganze Region in eine Dauerkonfliktlage versetzt, und daß der letzte Rest von Vertrauen zerstört wird.

Dazu kommen die ungelösten Fragen im Zusammenhang mit den Vertriebenen in den Lagern Makedoniens und Albaniens. Das sind ja keine Auffangs- und Durchgangslager mehr, wie sie bei der Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg existierten. Hier wird eine Übergangslösung zur Dauerlösung gemacht.

Die bombende NATO zerstört zusätzlich die Infrastruktur auch im Kosovo, so daß an die Rückkehr der Bevölkerung in ein zerbombtes Land sobald nicht gerechnet werden kann. Deshalb sind diese Hunderttausende zu einer Spielmasse geworden, zu einer Perversion der humanitären Hilfe. (...)
Was mich bei diesem Krieg, in den gerade wieder Deutsche verwickelt sind, besonders trifft, hilflos und zornig macht, das sind folgende Aspekte:

- Die Friedenslogik wird lächerlich gemacht. Pazifismus wird als Irrglaube und nicht mehr zeitgemäß dargestellt.

- Konflikte zwischen Völkern und Ethnien könne man eigentlich nur mit kriegerischen Mitteln lösen. Wer nicht hören will, muß Bomben fühlen! Das Gewaltprinzip und die Kriegslogik werden bemüht.

- Die Hoffnung und der Wille zu zivilen Konfliktlösungsstrategien werden nicht weiter entwickelt und bemüht. Es werden erneut weltweit Vorbilder geschaffen, die das Gewaltprinzip zum Ziel Nr. 1 erklären.

- Das Gewaltprinzip wird damit auch auf andere Politikfelder übertragbar. Es geht nicht mehr um den Ausgleich von Interessen, sondern um die Durchsetzung der Interessen der einen Weltmacht und ihrer Gefolgsleute. Die Ellenbogengesellschaft und die Rambos sind am Zuge. Individuelle Wünsche und Interessen haben Vorrang vor allgemeinen und lebensnotwendigen innerhalb und außerhalb von Gesellschaften. (...)

Wo sind all jene geblieben, mit denen man noch vor einigen Jahren gleiche friedenslogische Aspekte und Ziele verfolgte? Wo sind die vielen Kirchenleute, die Weggefährten aus dem rot-grünen Spektrum geblieben? Warum zerbrechen an diesem Krieg alte Freundschaften, werden Beziehungen abgebrochen oder zumindest unterbrochen? Sind uns die bisher gültigen Maßstäbe abhanden gekommen? Haben die vielen militärischen Konflikte nach dem 2. Weltkrieg, die Bürgerkriege in den Kontinenten Lösungen gebracht, wenn ihnen eine Großmacht Ideologie, eine neue Abhängigkeit brachte? Sind die meisten Konflikte nicht deshalb ungelöst geblieben, weil weltweite Wirtschaftsinteressen und nicht die Menschenrechte Kampfziele waren? (...)

Und wenn es die Jahrtausende und ihre statischen Kriegs- und Friedenskonzepte nicht gelehrt haben, so sollte doch angesichts der begrenzten Ressourcen das 21. Jahrhundert endlich von Menschen regiert werden, die die Gegensätze um die Grundbedürfnisse menschlichen Zusammenlebens auf der Grundlage bestehender internationaler Rechte und Abkommen zu regeln versuchen. Konflikte, die es immer geben wird, sollten durch immer wieder erneuerbare dynamische Gesellschaftskonzepte mit zivilen Mitteln lösbar sein. (...)

Armin Stolle

Hammerskins in Bremen?

Die aus einem durch Sozialarbeiter betreuten Kursus hervorgegangene Bremer Skinband "Schlachtruf" (siehe BAF 1/99) fühlt sich dem Netzwerk "der Hammerskins" verbunden.

Dies geht aus einem Interview hervor, daß sie der zweiten Ausgabe des Skinzines "White Unity" (Weiße Einheit) gaben. Zum wiederholten Male beklagen sie sich, daß sie unter ihrem Ursprungsnamen "Endlöser" keine T-Shirts oder CDs produzieren konnten.

Entsprechend dem ursprünglichen Namen der Band ist das Interview durchsetzt mit antisemitischen Anspielungen und grafisch mit rassistischen Symbolen gestaltet.

"White Unity" aus Bienenbüttel bezeichnet sich vereinnahmend als die "Stimme der weißen Jugend". In ihm erscheinen u.a. Artikel über "Runen-Kunde", Rudolf Hess, die Geschichte der SS und "Kleine Hilfen für Demos des nationalen Widerstandes".

In der 2. Ausgabe des Skinzines wird auch ein Mitglied des rassistischen "Ku Klux Klan aus Pensylvenia/USA ("Weiße Kreuzritter für Gott, Rasse und Nation") interviewt.

Bei den Hammerskins handelt es sich um ein 1986 in den USA gegründetes Netzwerk, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Skinszene zu organisieren und zu politisieren.

Hammerskins unterhalten u.a. Sektionen in Kanada, Australien und Europa. In der Bundesrepublik gibt es bisher Sektionen in Berlin und Brandenburg. Außerden gibt es Kontakte u.a. nach Sachsen, Bremen und Baden-Würtemberg.

Nach Angaben des Skinzine "Deutsche Zukunft" wollen Hammerskins "alle weißen NS-Skins vereinen. Hammerskins sind grundsätzlich eine Skinhead-Organisation. Politisch stehen wir auf der NS-Seite. Unser Glaube besteht zu 100% aus Skinhead white Power. Wir sehen uns als Sammelbewegung, dennoch sagen wir Klasse statt Masse."

Ihr Symbol sind zwei gekreuzte Zimmermannshämmer, die die Stärke der weißen Arbeiterschaft symbolisieren sollen.

Thomas und Hartmut-Meyer-Archiv

Abrüstung?

Das Internationale Konversionszentrum (BICC) in Bonn erklärte, die Fortsetzung der weltweiten Abrüstung sei ernsthaft gefährdet. In diversen Staaten werde wieder aufgerüstet. Aufrüstung erhöht die Kriegsgefahr, die durch knapper werdende Rohstoffe, Wirtschafts- und Machtinteressen eh schon wächst. Ich hoffe, daß die Bundesregierung durch den NATO-Krieg gegen Jugoslawien nicht auf den schlechten Geschmack gekommen ist, Krieg als Mittel der Politik zu sehen und auf das falsche Pferd Aufrüstung setzt.
Deutschland sollte eine Politik des Friedens betreiben und eine Vorreiterrolle bei der Abrüstung übernehmen. Das könnte eine ansteckende Wirkung auf andere Länder haben, wie es damals bei der Abrüstung der UdSSR war. Dem Koalitionspapier von SPD und Grünen ist zu entnehmen, daß die rot-grüne Koalition Konfliktprävention und Friedensforschung ausbauen und finanziell fördern will. Dieser guten Absicht müssen im Interesse des Friedens entsprechende Taten folgen. Am Umfang, in dem dies geschieht, sowie am Maß der Abrüstung in Deutschland wird sich der Friedenswille der Regierung messen lassen müssen.

Joachim Fischer

Staatlich genehmigter Nazi-Aufmarsch zu Pfingsten in Blumenthal

Hunderte von Antifaschisten/innen mußten den Pfingstsonntag damit zubringen, in Bremen-Blumenthal gegen einen offiziell vom Stadtamt Bremen genehmigten Nazi-Aufmarsch zu demonstrieren.

In Blumenthal gab das Stadtamt Bremen gleich grünes Licht für die Nazis! Bewohnern, Geschäftsleuten und besonders Ausländern wurde durch Presse und andere offizielle und inoffizielle Benachrichtigungen schon mal geraten, nicht auf die Straße zu gehen, ihre Läden zu schützen, ja am besten etwas anderes zu unternehmen, um gar nicht erst vor Ort zu sein. Denn, so ließ man durchsickern, die NPD-Kundgebung würde leider viele gewalttätige Gegendemonstranten anlocken!



Die VVN-BdA Bremen bei der Demonstration in Blumenthal

Während die ca. 400 Teilnehmer des Bündnisses "Kein Nazi-Aufmarsch in Bremen", die sich ab 9.00 Uhr am Schillerplatz befanden, bis kurz vor 11.00 Uhr immer noch keine Genehmigung bekamen, sich für ihren Solidaritätsrundgang mit der Bevölkerung auf den Weg zu machen, eskortierten alleine über 1.500 Angehörige von Polizei und Bereitschafts- und sonstigen Diensten die Nazis auf ihrer bereits am 20. 5. 99 genehmigten Aufmarschstrecke vom Burgwallstadion zur Kundgebung auf den Marktplatz und zurück.
Unterwegs riefen die Nazis u.a. "Deutsche Soldaten - Heldentaten" oder "Ruhm und Ehre der Waffen-SS".

Als die Teilnehmer des Bündnisses "Kein Nazi-Aufmarsch in Bremen" endlich losgehen durften, um den verängstigten zu Hause gebliebenen Blumenthalern Mut zu machen, wurden sie in der Mühlenstraße wiederum festgehalten. Ein gespenstisches Bild: Antifaschisten wurden fast eine Stunde eingepfercht, damit die Neo-Nazis wenige Straßen weiter auf dem Marktplatz, sozusagen in der "guten Stube" Blumenthals, ihr faschistisches und rassistisches Gedankengut verkünden konnten.

Bundeswehrgeneral a.D. Göhler, derzeitiger Staatsrat im Innenressort und Stellvertreter des Bremer Innensenators begrüßte hier und da die Polizisten. Alles wenige Kilometer entfernt vom Bunker Valentin, dem Ort des Schreckens und Größenwahns des Dritten Reiches und der Konzentrationslager.

Lange nachdem die Nazis zum Burgwallstadion zurückmarschiert waren, um ein militantes Abtreten zu zeigen, meldete sich auf die immer wiederkehrende Forderung der Sprecherinnen des Bündnisses "Kein Nazi-Aufmarsch in Bremen", unsere friedliche Demonstration nicht weiter zu behindern, erstmalig eine Stimme am Polizeilautsprecher, die uns allen Ernstes kurz und zackig mit der Information versorgte:
"Wer, wann und wo es weitergeht, bestimmt ausschließlich die Polizei!"

Erst später, gegen 13.00 Uhr, wurde unser viehgatterähnlicher Polizeiverschlag offiziell geöffnet, wir wurden um den Stendaler Kreisel geleitet.

Die Pächter der kleinen Cafés, Restaurants, die Mitarbeiter, die anderen Arbeiter/innen nichtdeutscher Herkunft bleiben ohne Entschädigung für ihren Verdienstausfall weiterhin den ganz alltäglichen, nichtangemeldeten Attacken der Faschisten und Rassisten ausgeliefert.

Ingrid und Walter

Krieg keine Zufallsentscheidung

Im Mai diesen Jahres hielt der Schriftsteller und Redakteur beim Westdeutschen Rundfunk, Hans-Rüdiger Minow, auf Einladung der VVN-BdA im Bremer DGB-Haus vor vollbesetztem Saal einen aufschlußreichen und beeindruckenden Vortrag über die langfristig angelegte deutsche Außenpolitik am Beispiel des völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieges.
Die Ausführungen erweckten unter den Zuhörern großes Interesse, wie sich sowohl aus der lebhaften und sachlich geführten Diskussion, als auch aus dem anhaltenden Beifall ergab. Wer die Hintergründe, das eigentliche Wollen, die langfristigen Ziele dieses Krieges unter besonderer Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland begreifen, durchschauen und bearbeiten will, sollte die von Hans-Rüdiger Minow und Walter von Goldendach verfaßten Bücher: "Von Krieg zu Krieg" (Kurzfassung), Verlag 8. Mai GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin 1997, und "Deutschtum erwache", Dietz-Verlag, Berlin 1994, unbedingt lesen.
Nach Auffassung der Autoren ist dieser Krieg keine Zufallserscheinung, sondern das Ergebnis einer jahrzehntelangen, langfristig angelegten Konzeption. Die Wurzeln reichen zurück bis in die Anfänge der Weimarer Zeit und vermutlich davor, intensiv fortgeführt in den Jahren 1933-45, nach kurzer Unterbrechung in den Nachkriegsjahren des 2. Weltkrieges wieder aufgenommen, bis in die Gegenwart.
Es sei das Denken in nationalistischen, völkischen Kategorien und ethnischen Abgrenzungen als Mittel der Machtpolitik, die beunruhigen. Der Verdacht dränge sich auf, daß es letztlich um die Führungsrolle in Europa gehe. Dabei wurde anscheinend von der deutschen doppelbödigen Minderheitenpolitik in Kauf genommen, daß sie zu Aggressionen und Gewalt führen bzw. eskalieren könne. Die derzeitige Katastrophe in Jugoslawien bilde hierfür ein erschreckendes Beispiel. Sie nahm ihren Anfang in der schon vor einigen Jahren betriebenen Auflösung Jugoslawiens durch die politische Anerkennung u.a. der Republiken Kroatien, Slowenien, Makedonien. Träger der Konzeption dieser deutschen Außenpolitik sind die Dienststellen des Auswärtigen Amtes und das Bundesinnenministerium, welche sich z.B. des VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland), der FUEV (Föderalistische Union europäischer Volksgruppen), des EZM (Europäisches Zentrum für Minderheitenfragen) und verschiedener Einzelinitiativen bedienen. An öffentlichen Mitteln werden jährlich als Bundesförderung zweistellige Millionenbeträge und Sachmittel zur Verfügung gestellt.

Dr. Walter Franke

Wiedergutmachung ?

Bei der Gedenkstunde für den 1944 hingerichteten Homme Hoekstra am 6. Mai spiegelte sich für einen Augenblick das millionenfache Schicksal der Zwangsarbeiter aus den von SS und Wehrmacht besetzten Ländern Europas wie in einem Brennglas. 10 - 12 Millionen Menschen wurden in den Jahren 1942 - 45 in über 20.000 Lager verschleppt, 70.000 alleine in Bremen.

Mit Stadtrundgängen und Gedenkorten, Einladungen, Besuchen und Begegnungen hat die VVN-BdA in jahrelanger Arbeit wie auch andere Initiativen, Gemeinden, Einzelpersonen versucht, das Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit auf das millionenfache Leid von Zwangsarbeitern und Hinterbliebenen aufmerksam zu machen.

In seiner Ansprache anläßlich der Übergabe des Mahnmals für Homme Hoekstra wies Senator Uwe Beckmeyer auf die Schwierigkeit hin, vor der der Bremer Senat in der Frage der Wiedergutmachung steht:

"Die Diskussion um die Form und den Umfang der Entschädigung für Zwangsarbeit ist noch nicht beendet, noch sind nicht alle offenen Fragen gelöst ... Die notwendigen Mittel sind von den Unternehmen aufzubringen, die von dem staatlich organisierten System der Zwangsarbeit profitiert haben. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen sieht sich allerdings in der Pflicht, durch eigene Anstrengungen humanitäre Hilfe zu leisten.

In enger Zusammenarbeit mit dem Bremer Verein "Walerjan Wrobel - Verein Zwangsarbeit" planen wir für den Herbst dieses Jahres ein Besuchsprogramm für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Ost- und Südosteuropa. Für jede von Bremer Unternehmern gespendete Mark wird der Senat ebenfalls eine Mark in diesen regionalen Hilfsfonds einzahlen".

Hermann Kuhn, Vizepräsident der Bürgerschaft, versicherte, daß die Anwesenden "für alle Fragen der Wiedergutmachung und Entschädigung ... bei uns große Aufmerksamkeit finden (werden) ... Die Aufgabe ist riesengroß, die Probleme dabei sind riesengroß - denn die Verbrechen an den Zwangsarbeitern waren ungeheuerlich, und unsere Ignoranz über 55 Jahre hinweg maßlos ... Alle, auch die örtlichen Unternehmen, die Handwerkskammern, die Landwirtschaftskammern, die kommunalen Betriebe, die Kommunen selbst müssen ihre historische Verpflichtung annehmen und einen Beitrag dazu leisten, daß dieser Skandal endlich beendet wird".

Eine konkrete Absicherung des Bremer Fonds ist auch Wochen nach einem Beschluß der Bürgerschaft nicht in Sicht.



Homme Hoekstra stammte aus Leeuwarden (Niederlande) und war Zwangsarbeiter bei der Deschimag/AG-Weser. Er wurde am 26.06.1944 in Brandenburg/Görden von den Nazis hingerichtet. Das auf dem Gelände des ehemaligen Lagers Tirptiz errichtete Denkmal (s. BAF 5/99) erinnert an ihn, stellvertretend für die 5.000 Zwangsarbeiter in Gröpelingen.

Ganze fünf Unternehmen waren dem Vernehmen nach bis Anfang Juni bereit, sich an diesem Fonds zu beteiligen. Und auch sie haben bislang ihr Versprechen noch nicht eingelöst, in diesen Fond einzuzahlen.

Das Kapitel Zwangsarbeit ist längst nicht abgeschlossen. Es ist beschämend, daß die geplante Bundesstiftung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter bisher noch nicht zustandegekommen ist. Seit 54 Jahren warten die Überlebenden auf die offizielle Anerkennung als Opfer der an ihnen verübten Menschenrechtsverletzungen. Industrieverbände, Wirtschaftskammern, aber auch die öffentliche Hand können sich einer Beteiligung an der geplanten Stiftung personell, wie finanziell nicht entziehen. Denken wir nur an Tausende von Zwangsarbeitern beim Hafenbetriebsverein und bei der Straßenbahn. Beschämend ist auch, daß eine Entschädigungsdebatte erst durch den Druck massiver gerichtlicher Klagen zustandegekommen ist.

Weithin ungeklärt sind folgende Punkte:

- die Ausweitung des Verfolgungsbegriffes auf alle bisher nicht anerkannten Opfer des deutschen Faschismus,

- die Aufhebung der Ausschlußfristen für die Antragstellung,

- die gesetzliche Nichtigkeitserklärung sämtlicher NS-Unrechtsgesetze,

- eine angemessene und nicht auf andere Einkommen und Leistungen anzurechnende Entschädigung auf Rentenbasis,

- die Anerkennung gesundheitlicher Spätschäden als verfolgungsbedingt bei Beweislastumkehrung, die Sicherstellung einer umfassenden Information und Bera tung der Betroffenen.

Die Hinterbliebenen tragen nicht selten die Last ihrer Väter und Männer. Bald werden nur noch sehr wenige NS-Verfolgte leben, um für eine neue Welt des Friedens und der Freiheit einzutreten und zu mahnen: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Raimund

Vortrag von Rolf Gössner

Zum Thema:
"Die Justizopfer des Kalten Krieges - Ein Stück verdrängter deutscher Geschichte"
Am Samstag, 03.07.99 in München
(Zeit muß nachgefragt werden)
Ort der Veranstaltung: Hotel Arosa, Holzstraße 2, 80331 München (Altstadt, direkt im Zentrum, Nähe Marienplatz

Antifaschistische Demonstration in Bremerhaven

- Mobilisierungsprobleme bei der NPD -

Für den Tag vor der Bürgerschaftswahl hatte die NPD einen Aufmarsch in Bremerhaven angekündigt.
Das Verbot ihrer Aktionen gegen die Wehrmachtsausstellung in Hamburg und ihr "Mini-Erfolg" in Blumenthal am Pfingstsonntag hielten sie jedoch davon ab, im Bremer Wahlkampf noch einmal Präsenz zu zeigen.

Eine ca. 50 Menschen umfassende Demonstration aus Gewerkschaftern, Ausländerkulturvereinen, Antifaschistischen Zusammenhängen, Jugendclubs hielt trotz unklarer Orientierung gegen. Auch der Bremer Landesverband der VVN-BdA zeigte Flagge (und Transparent).

Trotz hundsmiserablem Wetter mit Regen und Wind fand vor der Strandlust, nahe dem Zoo am Meer, eine kleine Kundgebung statt, bei der der Verfasser, nach Einführung von Christoph Gerdes, für das Bündnis ein paar Ausführungen zu Charakter und Auftreten der NPD und der DVU in Bremerhaven machte.

Völlig indiskutabel ist die Politik des Wegschauens beim Innenressort. Es darf nicht angehen, daß deutsche Faschisten wieder die Bevölkerung gegeneinander hetzen, Menschen zur Gewalt gegen ihre Mitbürger aufrufen und laut verkünden dürfen, daß unsere Verfassung für sie ein Fetzen Papier sei.

Faschistischen Organisationen, wie der NPD, geht es um die "ethnische Säuberung" der BRD, um Ghettobildung, um Konzentration, um Vertreibung von Menschen, die seit 20-30 Jahren ihren Lebensmittelpunkt hier haben. Ihr rassistisches Weltbild fordert den Ausschluß von Menschen nichtdeutscher Herkunft aus allen Lebensbereichen.

Gegründet wurde das Unternehmen DVU, um neofaschistischen Stammtischen eine politische Stimme zu verleihen. Siegfried Tittmanns Parteiprogramm fordert "Lebensrecht" und Schutz "deutscher Volksgruppen" und "Selbstbestimmung in gerechten Grenzen". Auch ihnen ist noch nicht genug Sonne in Deutschland, und es gibt noch Teile Europas, die noch nicht in Scherben gefallen sind.

Solchen Parteien dürfen wir nicht die Straße überlassen. Wir müssen ihnen konsequent den Zugang zu öffentlichen Räumen verwehren. Parteien wie NPD, DVU und REP zerstören mit ihrem Weltbild den sozialen Frieden und zerbrechen das Vertrauen, das in jahrzehntelangem Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer entstanden ist. Sie gehören aufgelöst, denn verboten sind sie nach Artikel 139 Grundgesetz längst.

Raimund

Verfolgte des NS-Regimes und Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer aller antifaschistischen Richtungen gründeten 1947 die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes". 1971 öffnete sich die VVN den nachfolgenden Generationen und erweiterte sich zur VVN-Bund der Antifaschisten". Die VVN-BdA kämpft heute als parteiunabhängige, strömungs- und generationsübergreifende Organisation für die "Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln" und für den "Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit" wie es im Schwur der Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945 heißt.

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den Bremer Antifaschisten probeweise/regelmäßig beziehen.

Mich interessieren vor allem folgende Themenbereiche:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Geschichtsforschung
- o Erinnerungsarbeit

Name ____________________

Vorname ____________________

Straße ____________________

PLZ, Ort ____________________

Telefon ____________________

Geb.-Datum ____________________

Beruf ____________________

Bremen, den ____________________

Unterschrift ____________________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V.,
Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen

Neue Broschüre:

"Rechte Skinheads-Subkultur des Neofaschismus"

Die rechte Skinheadszene wächst in Deutschland rapide an. Zur Zeit ist von bis zu 8.000 rechten Skins, 80 Skinbands, Dutzenden von Zeitschriften vund CD-Labels auszugehen. Pro Jahr kommen alleine 50 - 100 in Deutschland produzierte neue Tonträger rassistischer und neofaschistischer Musik hinzu.

In einer neuen von der Bundeskommission Neofaschismus herausgegebenen und vom Hartmut-Meyer-Archiv der VVN-BdA erarbeiteten Broschüre wird diese rechte Subkultur erstmalig im Detail analysiert. Nachgewiesen wird, daß es sich bei den Skins nicht um eine "unpolitische" Jugendkultur, sondern um eines der wichtigsten Rekrutierungsfelder des organisierten Neofaschismus handelt. Insbesondere werden Verbindungen zur JN und NPD aufgezeigt.

Die Broschüre gliedert sich in die Abschnitte Skinhead-Bands, Musikproduktionen und Versandhandel, Skinzines/ Fanzines, Skinhead-Netzwerke, Frauen in der Skinhead-Szene und Skinheads im Internet. Ein Beitrag beleuchtet das Verhältnis von "akzeptierender Jugendarbeit" und rechter Musik am Beispiel Bremen. Texte aus der britischen Zeitschrift "Searchlight" analysieren die internationale Skinheadszene.

Einführenden Beiträgen folgen jeweils regional und lokal bezogene Informationen, die anifaschistischen Gruppen vor Ort wichtige Hinweise liefern. Weiter richtet sich die Broschüre insbesondere an PädagogInnen und Eltern.
Die 64-seitige Broschüre, zum Preis von 5,- DM enhält zahlreiche Abbildungen, Literatur- und sonstige Hinweise.

Bezug: VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover

Geburtstage Juli/August 1999

Klara Pape	03.07., 74 J.
Friedrich Becker	11.07., 72 J.
Wolfgang Brauer	29.07., 50 J.
Fredeke Drewes	05.08., 61 J.
Wolfgang Büchler	22.08., 54 J.
Ernst Fenner	26.08., 85 J.
Hans-Ludwig Meier	26.08., 85 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand

Woher kommt der Reichtum der Deutschen Bank?

Ab den 04. Juni 1999 ist die Deutsche Bank mit einer Bilanzsumme von 1,7 Billionen Dollar die Nr. 1 in der Welt (S. BAF 2/99). Der endgültige Sprung erfolgte mit der Zustimmung aller maßgebenden Banken und Gremien der USA, Kanadas und Europas zum Kauf der "Bankers-Trust". Maßgebend wahr wohl die Zustimmung des Herrn Israel Singer, Vorsitzender der Jüdischen Weltkongress, nachdem Rolf Ernst versprochen hatte, die Deutsche Bank werde in den Holocaust-Fond einzahlen. (s. BAF 3/99)

Wie war das noch? In Potsdam beschlossen im Juli/August 1945 die Siegermächte die wirtschaftliche und politische Macht der Konzerne, Banken und des Militarismus zu brechen. Im Dezember 1945 belegte die US-Heeresführung die Schuld der Deutschen Bank und ihrer führenden Mitglieder in Vorstand und Aufsichtsrat an Kriegsverbrechen. Waren sich die Alliierten zunächst in dieser Sache einig, so sollte sich der Westen davon absetzen. Mit dem 1. Januar 1947 wurden die amerikanisch und britisch besetzte Bizone in Kraft gesetzt.

Beireits am 12. März verkündete der Präsident der USA Truman die Richtlinien für den Kalten Krieg. Und am 06. Juni verkündete der US-Außenminister Marshall den Plan, den europäischen Ländern mit Dollars beim Aufbau zu helfen. Die USA zahlte den drei Westzonen, also einem Teil des besiegten Naziregimes, 550 Mio. Dollar (ein Dollar = 3,33 Rentenmark). In den Monaten Mai/Juni dieses Jahres wurden anläßlich des 50jährigen Bestehens des Grundgesetzes viel Lob über den Weg zu Bonner Republik ausgeschüttet, dabei wurden die Fakten meistens ignoriert:

Mit der Weisung Nr. 9 zum Währungsgesetz wurden alle Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten ermächtigt, ein auf 10% abgewertetes Kapital zu benutzen. Da sich die Deutsche Bank, wie alle anderen Konzerne, Truste und Banken im Zweiten Weltkrieg ein fettes Polster zugelegt hatte, verfügte sie sofort über hunderte Mio. D-Mark.

Mit dem Gesetz Nr. 9 der Alliierten wurde die Gerichtsbarkeit auf die vier Zonen übertragen. Anfangs wurden die Naziverbrecher bestraft, in den Westzonen jedoch nach kurzer Zeit begnadigt. Krupp bekam nach seiner Begnadigung 25 Mio. Kredit für den Aufbau seiner Werke. Weder H. J. Abs, lanjähriger Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank, noch einer seiner Direktoren, seines Vorstandes oder Aufsichtsrates wurden je angeklagt.

50 Jahre Bonner Repulblik sind die Geschichte der Restaurierung der alten Besitz- und Machtverhältnisse, die die "Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus" in Bremen verhindern wollte. In der Bremer Verfassung steht bis heute, daß die Gründung großkapitalistischer Unternehmen wie Truste und Monopole verboten ist.

Willy

Der Bremer Antifaschist ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA).

Wir sind regelmäßig erreichbar in der Bürgermeister-Deichmann-Str. 26,
28217 Bremen
Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18
E-Mail: vvn-bda.bremen@iname.com
Unsere Internetadresse:
http://www.vvn-bda.de/bremen
Montag: 17:00-18:00 Uhr
Donnerstag: 18:00-19:00 Uhr

Für unsere Arbeit werden dringend Spenden benötigt:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ:29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder im Büro oder direkt unter 0421/6112 62 (Willy Hundertmark) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 20:30 Uhr.

Der Landesvorstand trifft sich jeden 4. Montag von 18:00 - 20:30 Uhr.

Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich!

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß ist am 10. des Vormonats

V.i.s.d.P.: Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Veranstaltung mit Karl-H. Roth

Der Studiengang Geschichte (Fachbereich 8) der Universität Bremen macht **am Mittwoch, den 14.07.99 von 17.15 - 19.00 Uhr** eine Veranstaltung mit Karl-Heinz Roth, der zum Thema:
"Volkstumspolitik und Wirtschaftsinteressen am Beispiel der Stiftungen des Hamburger Großkaufmanns Alfred Toepfer"
referiert.
Veranstaltungsort ist das **Gästehaus der Universität Bremen, Teerhof 58, 28199 Bremen**

Neuerscheinung:

Rolf Gössner: Erste Rechtshilfe - Rechts- und Verhaltenstips im Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiesten

Im engen Netz der "Inneren Sicherheit" kann sich so mancher verfangen, der kaum damit rechnet - politisch aktive Menschen ohnehin. Über die eigenen Rechte - Datenschutz, Aussageverweigerung, Klagemöglichkeiten - herrscht dann oft Unsicherheit.

Rolf Gössner zeigt - teils an konkreten Fallbeispielen - all jene Gelegenheiten auf, in denen Einzelne von Polizei, Justiz und Geheimdiensten betroffen sein können: Von der Verkehrskontrolle bis zu Wohnungsdurchsuchung, von der Beschlagnahmung bis zum Lauschangriff. Das Buch gibt praktische Rechts- und Verhaltenstips für alltägliche Situationen, aber auch für Streiks, Demos und zivilen Ungehorsam, für Ermittlungsverfahren und den Gang vor Gericht.

Gössner plädiert für eine bürgerrechtliche Opposition gegen den Ausbau des "Sicherheitsapparates". Dazu gehört auch die Kompetenz, die sein Buch vermitteln will: sich gegen zweifelhafte Maßnahmen staatlicher Gewalt wirksam zur Wehr zu setzen. Rolf Gössner weiß wovon er schreibt: Seit fast 30 Jahren steht er unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.

Rolf Gössner: "Erste Rechtshilfe - Rechts- und Verhaltenstips im Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten"; ISBN 3-89-533-243-7; Preis 39,80 DM; Verlag Die Werkstatt, Göttingen